

Verwirrende Zeichen der Hoffnung

VON JAN DREBES

Noch sind der Bund und die Landesregierungen weit weg von Beschlüssen – eine Verhandlungsrunde von 16 Regierungschefinnen und Regierungschefs mit der Kanzlerin hat ihre eigene Dynamik. Kommt es aber bei den Gesprächen am Mittwoch so ähnlich wie in dem jetzt lancierten Entwurfspapier vorgeschlagen, dürfen sich die Inhaber bestimmter Einzelhandelsgeschäfte wie Buch- und Blumenläden berechnete Hoffnung auf rasche Öffnungen machen. Und die anderen? Schauen noch in die Röhre. Es wird Besitzern von Bekleidungsgeschäften kaum zu vermitteln sein, warum sie noch keine Kunden einlassen dürfen. Und dennoch ist schon einmal positiv, dass die Anzahl der Neuinfektionen je 100.000 Einwohner und Woche nicht mehr allein ausschlaggebend sein soll für die Entscheidung über weitere Öffnungen. Zusammen mit einem sehr weitgehenden Anspruch auf Schnell- und Selbsttests, der angesichts der vom Bund bestellten 800 Millionen Tests aber leider kaum zu halten sein wird, könnten wieder mehr Freiheiten möglich werden.

Zugleich verwirrt der Vorschlag aus der Feder von Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) und ranghohen Beamten, weil der beim letzten Treffen vereinbarte Zielwert von 35 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner und Woche nicht mehr konsequent verfolgt werden soll. Mit Öffnungsschritten trotz höherer Inzidenzwerte wird diese für viele Wissenschaftler zentrale Marke ausgehöhlt, zugleich taucht sie etwa bei Regeln zu Kontaktbeschränkungen weiter auf. So wirkt es wie ein Sowohl-als-auch-Konzept, das viel Angriffsfläche für Klagen bieten könnte. Ein Hoffnungszeichen bleiben die möglichen Ausnahmen für Ostern. Kaum vorstellbar, dass die Politik vor diesem so wichtigen Fest wirklich die im Papier vorgeschlagene Notbremse ziehen sollte, wenn die Inzidenzzahlen wieder steigen.

BERICHT GASTRONOMIE WILL SCHNELLER ÖFFNEN, TITELSEITE

Merkels nächste Bewährungsprobe

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Die Abläufe sind stets dieselben, die Themen ähneln sich: Öffnen oder nicht? Die Ministerpräsidentenkonferenz berät an diesem Mittwoch erneut. Doch für die Kanzlerin geht es diesmal um mehr. Sie konnte sich in der Corona-Pandemie stets darauf verlassen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung ihren Kurs mitträgt.

Doch es ist etwas ins Rutschen geraten. Es gibt großen Unmut, zurzeit kommen viele Dinge ungünstig zusammen. Das Infektionsgeschehen ist diffus, die Inzidenzzahlen und die sonstigen Pandemiewerte sinken nicht mehr, steigen allerdings auch (noch?) nicht unkontrolliert. Die Warnungen von Medizinern und Wissenschaftlern aber vor einer dritten Welle durch die Mutation sind da, manches Szenario wirkt sehr bedrohlich. Gleichzeitig bröckelt das Vertrauen der Menschen zusehends. Warum?

Bei den großen Linien hat die Politik in Deutschland kein gutes Bild abgegeben. Warum gelingt es immer noch nicht, Schulen und Kitas unter Pandemiebedingungen wieder zu öffnen? Das Schuljahr kann schon jetzt abgehakt werden. Warum gelingt es nicht, den nun vorhandenen Impfstoff schnellstmöglich unter die gesamte Bevölkerung zu bringen – stattdessen aber über Gesetzentwürfe für vermeintliche Impfvordränger nachzugrubeln? Merkel hätte in den vergangenen zwei Wochen hier die Deutungshoheit an sich ziehen sollen, öffentlich klarmachen, dass das die oberste Priorität ihrer Regierung ist.

Es braucht jetzt weniger düstere Prophezeiungen als eine klare Linie: impfen, impfen, impfen, egal wen und wo, Hauptsache, der vorhandene Impfstoff kommt nun zu den Menschen, die ihn nötig haben, und dann zu denen, die ihn wollen. Merkel sollte jetzt vorsichtig agieren und dennoch zeigen, dass sie die Signale der Bürger ernst nimmt. Regeln nützen nichts mehr, wenn keiner sich daran hält.

Impressum RP



SCHLÜSSELFIGUR

RP-KARIKATUR: NIK EBART

GASTBEITRAG An den 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Kaiserreichs ist 2021 wenig erinnert worden – zu wenig, meint unser Autor. Bei aller berechtigten Kritik gebe es Aspekte, an die wir heute noch anknüpfen können.

Das Erbe von 1871

VON GÜNTER KRINGS

Die politische Erinnerungskultur würdigt im Staat des Grundgesetzes auch die Wendepunkte seiner Vorgeschichte: die Ereignisse, an die wir positiv anknüpfen möchten, wie die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche oder die Begründung der Weimarer Republik, aber auch die Daten der NS-Zeit, die wir voller Scham betrachten, weil in zwölf Jahren Verbrechen für 1000 Jahre im Namen unserer Nation begangen wurden.

In einem seltsamen Gegensatz zu diesem (selbst-)kritischen Geschichtsbewusstsein steht die auffällige Nichtbeachtung der 150. Wiederkehr der Gründung des Deutschen Reiches in diesem Jahr. Keine Gedenkstunde im Bundestag, keine öffentlichen (oder „digital-öffentlichen“) Veranstaltungen. Der Bundespräsident immerhin lud eine Reihe von Historikern zum Fachdiskurs. Aber dieser Kreis und einige wenige Fernsehbeiträge und Presseartikel vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, dass unser kollektiver Umgang mit dem 150. Geburtstag eines Staates, in dessen rechtlicher Kontinuität unsere Bundesrepublik steht, als „geschichtsvergessen“ beschrieben werden muss.

Dies ist Ausdruck einer gewissen Hilflosigkeit im Umgang mit dem Kaiserreich. Zum einen dominiert seine Wahrnehmung als Obrigkeitsstaat mit einer starken Rolle des Militärs, dessen Sieg über Frankreich der Reichsgründung unmittelbar vorausging. Andererseits würde man dieser Epoche wohl auch nicht gerecht, wollte man sie einseitig unter die dunklen Kapitel deutscher Geschichte oder gar als bloße Vorstufe zum Nationalsozialismus verbuchen.

Anderer Nationen tun sich im Umgang mit ihrer Geschichte offensichtlich leichter, obwohl die gefeierten Staatsgründungsakte in der Regel auch nicht

mit der Etablierung einer Demokratie nach heutigen Maßstäben zusammenfielen. Ungeachtet der Gewalttaten der britischen „Glorious Revolution“, der Expansion der USA auf Kosten der Ureinwohner oder der Gräueltaten der Französischen Revolution bleiben die Gründungsdaten im nationalen Gedächtnis verankert und sind Bezugspunkte einer frohen Selbstvergewisserung. Diese mitunter jubelnde Apologetik brauchen wir uns nicht zum Vorbild zu nehmen. Aber sie zeigen uns, dass es nicht klug ist, einzelne Epochen einer wechselvollen Geschichte auszublenden.

Für eine kritisch-reflektierte Erinnerung mag uns auf der einen Seite die Kaiserproklamation in Versailles inmitten des besetzten Frankreich am 18. Januar 1871 als Anknüpfungspunkt ungeeignet erscheinen. Zum anderen wirkt das formale Datum der staatsrechtlichen Entstehung des Reiches am 1. Januar 1871 arg abstrakt. Umso mehr lohnt ein Blick auf die Wahlen zum ersten Deutschen Reichstag vom 3. März 1871, genau heute vor 150 Jahren.

Ihnen kommt eine besondere Bedeutung zu. Denn erst der Reichstag des Deutschen Reiches repräsentierte die deutsche Bevölkerung in allen 25 Bundesstaaten, wenn auch im Sinne einer kleindeutschen Lösung die Deutschen in Österreich dauerhaft außen vor blieben und die Bürger des von Frankreich annektierten Elsaß-Lothringen erst bei den zweiten Reichstagswahlen 1874 ihre Stimme abgeben konnten.

Die Einheit Deutschlands, für die Generationen gekämpft hatten, wurde in den Augen der allermeisten Zeitgenossen 1871 erreicht – wenn auch als Fürstentum von oben und nicht wie von vielen erräumt als Bund aus der Mitte des Volkes. „Deutschland war ein Obrigkeitsstaat, gewiss, aber zugleich ein Rechtsstaat mit einem demokratisch orientierten Parlament“, fasst die Historikerin Hedwig Richter zusammen.

INFO

Kleine Geschichte des Kaiserreichs

1870/71 Deutsch-Französischer Krieg: Im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles wird am 18. Januar 1871 König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser proklamiert.

Ab 1871 Bismarcks Kampf gegen die „Reichsfeinde“ Katholiken („Kulturkampf“) und Sozialdemokraten („Sozialistengesetze“) bleibt letztlich erfolglos; die SPD wird 1890 erstmals nach Stimmen stärkste Partei.

1888 Dreikaiserjahr: Auf Wilhelm I. folgen der „99-Tage-Kaiser“ Friedrich III. und dessen Sohn Wilhelm II.

1890 Nach Auseinandersetzung mit dem Kaiser tritt Bismarck als Reichskanzler zurück; fortan wird die deutsche Außenpolitik zum Unruheherd in Europa.

1914 Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajevo; in der nachfolgenden Krise liegt es auch an Deutschland, dass der Krieg nicht verhindert wird.

1918 Niederlage in Frankreich, Revolution in Deutschland, erzwungene Abdankung von Wilhelm II. und Flucht des Kaisers in die Niederlande. Die Weimarer Republik entsteht.



Bismarck im kaiserlichen Reichstag, Gemälde von 1901. FOTO: DPA

WISSENSDRANG

Neuerdings heißt es, die Volksrepublik China habe sich in der Pandemie als das „erfolgreichere System“ erwiesen. Zur Begründung wird auf Wirtschaftswachstum, Technologie und Verkehrsinfrastruktur, Bekämpfung der Armut, die architektonische „Strahlkraft von Stadtkernen“ und anderes verwiesen. Sie haben sich nicht verlesen: Es geht um das Land, dessen Bürger in ihren Freiheiten immer mehr eingeschränkt werden. Wo Kritiker der Regierung verhaftet werden. Wo Ärzte nicht vor Gefahren warnen dürfen, die am Image der perfekten Partei kratzen könnten, und der Ausbruch der Pandemie wochenlang vertuscht wurde. Wo Uiguren, die keine Straftat begangen haben, präventiv in Konzentration

Öffentliches Glück und seine Feinde

China hat die Pandemie brachial bekämpft. Ein Modell ist es aber nicht.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

onslagern misshandelt werden. Kann man die Qualität eines politischen Systems allein an dem messen, was das Bruttosozialprodukt steigert und das private Leben der politisch zur Akklamation oder Stummheit Verdammten behaglicher macht? Wer dies tut, verwechselt Politik mit der Herstellung von attraktiven Produkten und der Kontrolle über Mensch und Natur.

Auch hierzulande gibt es Politiker, denen die bürgerlichen Freiheiten nur als lästige Hindernisse der Kontrolle erscheinen. Karl Lauterbach experimentierte unlängst in der „Welt“ mit der Idee, Einschränkungen der persönlichen Freiheit wie während der Corona-Krise könnten doch vielleicht auch zur Bekämpfung der drohenden

Erderwärmung ganz nützlich sein. Die Qualität von Politik liegt jedoch weder in einer illusionären Kontrolle über das Klima oder unberechenbare Epidemien noch in der Kontrolle der Bürger. Sie zeigt sich in dem, was Hannah Arendt das „öffentliche Glück“ genannt hat: nicht auf sein enges Privatleben reduziert zu sein, angstfrei am politischen Leben teilnehmen zu können, auf Demonstrationen, in Bürgerinitiativen, wie auch immer. Freiheit ist ein höchstes Gut – nicht nur, wenn sie das Bruttosozialprodukt steigert.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier wöchentlich mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.